



Tagungsbericht

Die diesjährige Tagung der Coelner Monnet Vereinigung für EU Studien e.V. fand zum Thema „Eine neue deutsche Europapolitik?“ am 25. und 26. Juni 2010 in Brüssel statt. Als Tagungsorte dienten die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Fondation Universitaire. Im Mittelpunkt der interessanten Vorträge und den anschließenden lebhaften Diskussionen standen die Fragen wie deutsche Europapolitik vor Ort gestaltet wird und welche Veränderungen sich aus dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ergeben. Des Weiteren besaßen die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise samt ihren Auswirkungen auf die Europäische Union und die anstehende belgische Ratspräsidentschaft eine zusätzliche hohe Bedeutung, welches sich in den Vorträgen wie in den Diskussionen widerspiegelte. Die Referenten beleuchteten aus verschiedensten Blickwinkeln – von supranationaler bis kommunaler Ebene – die aktuellen Entwicklungen des Integrationsprojekts, insbesondere die Umsetzung des Lissabonner Vertrags und die Herausforderungen durch die Griechenland-Krise.

Dank der Unterstützung im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Wissenschaft und Praxis“ der *Hanns Martin Schleyer-Stiftung Köln* und des *Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds*, sowie der Kooperation mit dem *Centre international de formation européenne* (CIFE) konnten sich Experten vor Ort und (Nachwuchs-)Wissenschaftler bei Vorträgen und Podiumsdiskussionen intensiv austauschen. Darüber hinaus wurde das Programm in einer Stadtführung zum Thema „Europa in Brüssel“ um einen räumlichen, konkreten Eindruck der Dimension der EU Institutionen ergänzt. Neben den einzelnen EU-Institutionen wurden den Tagungsteilnehmer auch die architektonischen Besonderheiten Brüssels sowie die städtebaulichen und sozialen Veränderungen aufgrund der Ausweitung des Europa-Viertels nähergebracht.

Tag 1: Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland

Der erste Tagungstag stand im Zeichen des Vertrags von Lissabon und wie deutsche Europapolitik sich konkret vor Ort gestaltet. Ferner wie das deutsche Verhalten in der Causa Griechenland und in dem beschlossenen Rettungspaket für den Euro zu bewerten sei.

Wolfgang Martin Rudischhauser, Mitarbeiter des Bereichs Außen- und Sicherheitspolitik der Ständigen Vertretung der BRD, stellte zunächst die Organisationsstruktur und die Arbeitsweise der Ständigen Vertretung vor. Er skizzierte die Ständige Vertretung als „Spiegel der Bundesregierung“, welche bei der Vermittlung deutscher Interessen in der EU, aber auch bei der Werbung für europäische Fragestellungen in Deutschland eine Schlüsselrolle einnimmt. Zur Veranschaulichung machte Herr Rudischhauser unter anderem auch auf konkrete tagespolitische „Verhaltensprobleme“ für die Ständige Vertretung aufmerksam. Als Beispiel diente das SWIFT-Abkommen, da in diesem Fall keine einheitliche Linie seitens der Bundesregierung existierte und die einzelnen zuständigen Ministerien unterschiedliche Standpunkte vertraten. Gerade in Bezug auf die Veränderungen des Vertrags von Lissabon verwies Herr Rudischhauser auf die Notwendigkeit eines effizienteren Sitzungsmanagement und besserer Koordination zwischen den einzelnen deutschen Ministerien wie auch im Ministerrat, aufgrund der Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens (ordentliches Gesetzgebungsverfahren). Zudem stellte er durch die Stärkung der Rechte der nationalen Parlamente durch den Lissabonner Vertrag seitens des deutschen Bundestages ein größeres Informationsbedürfnis fest und attestierte diesem eine „schnelle Lernkraft“. Inwiefern sich das Subsidiaritätsprinzip in Bezug auf die nationalen Parlamente in der Praxis bewähren wird und in was für einem Maße Anfragen an die Kommission gerichtet werden und wie oft letztlich Klage vor dem EuGH eingereicht werden wird, sei zum jetzigen Stand jedoch nicht absehbar.

Carsten Pillath, Generaldirektor im Generalsekretariat des Rates der EU und Leiter der Generaldirektion G „Wirtschaft und Soziales“, stellte zunächst die grundsätzlichen Aufgaben des Generalsekretariates wie seiner Direktion vor. Im Detail berichtete er über die Arbeit und Einflussmöglichkeiten des Ratssekretariats mit Fokus auf die Frage, wie der Lissabonner Vertrag umgesetzt wird. Auf das Ratssekretariat seien gewaltige Strukturveränderungen zugekommen. Hier führte Herr Pillath unter anderem die Schaffung des Präsidenten des Europäischen Rates an, aus der sich zwei neue Aufgaben für das Ratssekretariat ergäben: zum einen die Gewährleistung von Kohärenz zwischen den verschiedenen Ratsformationen durch horizontale Koordination, und zum anderen die Funktion der aktiv-kreativen Politikformulierung für den Präsidenten des Europäischen Rates. Schließlich zeige sich in der Praxis jetzt schon, dass der aktuelle Präsident, Herman van Rompuy, selbst Themen auf die Agenda setzen will und dazu Vorschläge und Konzepte aus den Generaldirektionen verlangt. Aufgaben, die die jeweilige Direktion zuvor nicht leisten musste und sie nun vor komplett neue Aufgaben stellt. In Bezug auf sein eigenes Generaldirektorat sprach Herr Pillath dabei von einer absoluten Auslastung der Kapazitäten. Auch wie sich die zukünftige Zusammenarbeit mit anderen

Generaldirektionen durch den Wegfall einer einzigen Spitze gestalten wird und der daraus resultierenden Entwicklung einer horizontalen Ebene stehe noch aus. Man befinde sich gerade in einer „Anfangsphase der Neugestaltung“, die extreme Herausforderungen mit sich bringe. Vor allem dürfe die Gewährleistung der Kohärenz bei der Bildung einer „neuen“ politischen Haltung im Europäischen Rat, unter dem Stern der Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens, nicht vernachlässigt werden. Aufgrund des Lissabonner Vertrags sowie der Erweiterung der Union auf 27 Mitgliedstaaten wird nach Meinung von Herrn Pillath das Ratssekretariat immer wichtiger. Es kann sich zum institutionellen und historischen Gedächtnis im Europäischen Rat für die Regierungen und insbesondere der jeweiligen aktuellen Ratspräsidentschaft sowie dem jeweiligen Präsidenten entwickeln und ein gewisses Wissensmonopol verfestigen.

In der Diskussion wurden zudem die Fragen erörtert, ob im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Position der deutschen Regierung als zu langsam beschrieben werden könne bzw. ob die deutsche Europapolitik Schwächen gezeigt habe. Herr Pillath verwies dabei auf die anfangs herrschenden unterschiedlichen Meinungen in der deutschen Regierung und der Einschätzung, dass es sich nur um eine griechische Haushaltskrise handle. Zurückzuführen sei dieses auch auf die Tatsache, dass Griechenland zunächst von der globalen Finanzkrise völlig unberührt war, da einheimische Banken unter anderem keine toxischen Papiere besaßen. Die Frage, die sich bei allen entstandenen Problemen aufwerfe, welche Art von Haftungsgemeinschaft die Mitglieder der Eurozone haben wollen. Dieses müsse nun konzeptualisiert werden. Dabei herrschte bei beiden Referenten die Meinung vor, dass Berlin die Causa Griechenland als eine Art „wake-up-call“ verstanden habe und man langsam beginnt seine Standpunkte in Brüssel vor den anderen Mitgliedsstaaten direkt zu erklären und nicht von Berlin aus sporadisch Stellung nimmt. Die Märkte heutzutage seien sehr empfindlich und die unterschiedlichen Stellungnahmen und das Kommunikationsproblem in der Bundesregierung haben zur Verschärfung der Krise beigetragen. Als Fazit könne dabei festgehalten werden, dass die BRD und auch die Union wie die Eurozone ein besseres Kommunikationskonzept benötigen, dieses habe die Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt.

Die Abrundung des ersten Seminartages schuf eine Stadtführung durch das Europa-Viertel in Brüssel. Der Stadtführer, Malte Woydt, zeigte die städtebaulichen Veränderungen durch den Sitz der EU in Brüssel auf, wobei er dem Glanz der strahlenden Fassaden der großen EU Institutionen ebenso Raum bot, wie kritischen Anmerkungen aus lokaler Perspektive zur Verknappung von Wohnraum und -qualität in der Brüsseler Innenstadt.

Tag 2: Fondation Universitaire

Der zweite Tagungstag stand ebenfalls im Zeichen der Umsetzung des Vertrages von Lissabon und welche Auswirkungen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise zu erwarten sind. Des Weiteren wurde den Fragen nachgegangen in welchen Bereichen Europa für regionale und kommunale Gebietskörperschaften wichtiger wird und welchen Einfluss sie besitzen. Im Rahmen der Diskussion wurde zudem ein Ausblick auf die ab dem 01. Juli 2010 beginnende belgische Ratspräsidentschaft gewagt und diesbezüglich mögliche Probleme, aufgrund der derzeitigen Regierungskrise in Belgien, erörtert.

Ralf von Ameln, ehemaliger Direktor des Büros der deutschen kommunalen Selbstverwaltung in Brüssel und Europa-Repräsentant der BADK (Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer), präsentierte eine kritische Analyse des Zustandes des „europäischen Hauses“ aus der „glücklichen Position von jemandem, der nicht in der Position und Verantwortung steht, diese Veränderungen auch herbeizuführen“. Er zeichnete ein klares Bild der politischen und ökonomischen Herausforderungen durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise, welche für ihn systematische und personelle Schwächen in Europa offenbart habe. Als Grundproblem nannte er das wirtschaftliche Interessen vor politischer Führung gestellt würden. Die defizitäre Lage Griechenland sei allen verantwortlichen Personen über Jahre bewusst gewesen. Die Krise zeige deutlich, dass die gewollte Unvollkommenheit der Europäischen Union die Mitgliedsstaaten einhole und das Instrumente fehlen würden wie zum Beispiel eine Art Finanzministerium für die Länder der Eurozone. Als zentrales Manko der EU identifizierte er eine entschlossene und charismatische Führungskraft, die die verschiedenen nationalen Positionen auf eine Linie bringt und die Bürger für die EU begeistern kann. Auch die Bundesrepublik würde nur ihre eigenen Interessen wahren, doch gerade jetzt würde sich die Chance einer neuen deutschen Europapolitik ergeben, in der Deutschland eine Führungsrolle bei der architektonischen Gestaltung der Union einnehmen solle.

Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident des Gebiets deutscher Sprache in Belgien, legte eine kompakte Betrachtung und Bewertung der jüngeren Entwicklungen in der EU seit der Erweiterung 2004 vor. Auf beeindruckende Weise gelang es ihm, die Zusammenhänge zwischen der regionalen, nationalen und supranationalen Ebene darzulegen: Er schilderte die schwierige politische Lage der belgischen Föderation nach den Bundeswahlen, die daraus erwachsenden Konsequenzen für die belgische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2010 und die sich hieraus ergebenden Einschränkungen und Chancen für die Ausgestaltung des neuen Amtes des Präsidenten des Europäischen Rates durch den ehemaligen belgischen

Premierminister Van Rompuy. Im Gegensatz zu Herrn von Ameln sprach Herr Lambertz von einer notwendigen Einsicht der Kohärenz seitens der Mitgliedsstaaten und sah den angeblichen Mangel an Führungspersönlichkeiten als nicht bedeutend an. In Bezug auf den neuen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy sprach er von einer hervorragenden Besetzung, da in der aktuellen Krise vor allem Verhandlungsgeschick und die Entwicklung von tragfähigen Kompromissen gefragt sei. Eigenschaften die er sich als belgischer Premierminister und Regierungschef, aufgrund der schwierigen politischen Lage Belgiens, erworben habe. Als Geburtsfehler der jetzigen Krise identifizierte Herr Lambertz den im Jahre 2001 unterzeichneten Vertrag von Nizza an, welcher keine Voraussetzungen für die Funktionstüchtigkeit der EU geschaffen habe. Mit dem Vertrag von Lissabon müsse man jetzt leben und „das Beste daraus machen“. Es wäre eine Ressourcen- wie auch Zeitverschwendung den neuen Reformvertrag zu verändern, geschweige denn einen neuen Verfassungskonvent einzuberufen.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem auf die anstehende belgische Ratspräsidentschaft eingegangen. Im Mittelpunkt dabei stand die Frage, ob gerade in einer schwierigen Zeit für die Europäische Union, die aktuelle Regierungskrise in Belgien Auswirkungen auf die Ratspräsidentschaft habe. Nach Meinung von Herrn Lambertz seien überhaupt keine Probleme zu erwarten, da zum einem Belgien an sich sehr pro-europäisch sei und des Weiteren das politische System Belgiens keine Bundesparteien, sondern nur Landesparteien beinhaltet. Die leitenden belgischen Minister in den Ausschüssen des MR, kommen somit direkt aus den Landesregierungen, welche sich über die Regionalwahlen schon im Jahre 2009 konstituiert haben. Auch Partikularinteressen wallonischer oder flämischer Minister im Ministerrat würden durch ein 1994 geschaffenes Gremium unmöglich, da in diesem eine gemeinsame Position im Vorhinein verhandelt werden würde. Zum Schluss der Diskussion wurde noch auf die Arbeit des Ausschusses der Regionen und den Einfluss wie die Vernetzung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in Europa eingegangen. Beide Referenten machten deutlich, dass im Laufe der Jahre die Regionalisierungsebene in jedem Lande der Europäischen Union gestärkt worden sei und regionale grenzüberschreitenden Netzwerke Synergieeffekte hervorgerufen hätten.

Im Anschluss an die Diskussionsrunde fand die jährliche Mitgliederversammlung von COMOS e.V. statt.

Die Teilnehmer bedanken sich bei der Förderinitiative „Dialog Wissenschaft und Praxis“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung Köln, beim Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds sowie dem Centre international de formation européenne (CIFE) dafür, dass sie ein vielseitiges und politisch wie kulturell anregendes Zusammentreffen ermöglicht haben.